



Im Brennpunkt

Unternehmensverantwortung als Chance

Kürzlich wurde der neuste «Corporate Human Rights Benchmark» veröffentlicht. Dieses Rating von Investoren bewertet jährlich die 101 weltweit grössten, börsenkotierten Konzerne aus den Branchen Rohstoffförderung, Nahrungsmittel- und Agrarindustrie sowie Bekleidung. Zwei Erkenntnisse stechen heraus: Einerseits fällt auf, dass eine kleine, aber wachsende Gruppe von Unternehmen sehr gut abschneidet (70 – 90% der Höchstpunktzahl) und sich laufend verbessert. Und das bei wachsendem Umsatz und Gewinn.

Andererseits ist die durchschnittliche Performance der untersuchten Konzerne in Sachen Menschenrechte nach wie vor ungenügend: Im Schnitt erzielen sie nur 27% der Höchstpunktzahl. Dabei verfügen zahlreiche Konzerne über gute Policy-Papiere, zeigen aber massive Schwächen in deren Umsetzung. Besorgniserregend ist insbesondere, dass 40% der Konzerne keinen einzigen Punkt für das Thema «Menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung» erhielten. Das heisst: Trotz der zahlreichen freiwilligen Selbstverpflichtungen hat Unternehmensverantwortung immer noch einen tiefen Stellenwert innerhalb vieler Konzerne. Folgerichtig schreibt der Chief Responsible Investment Officer der Vermögensverwaltungsgesellschaft Aviva Investors dazu im Vorwort: «Dies sollte Regierungen Anlass zum Nachdenken geben, wenn es um Regulierung bezüglich Wirtschaft und Menschenrechten geht und als Weckruf für Unternehmen und Investoren auf der ganzen der Welt dienen.»

Proaktive Haltung von Unternehmen

Vor kurzem äusserte sich unter anderem der international führende Aromen- und Dufthersteller Firmenich mit global 7000 Mitarbeitenden und Sitz in Genf in seinem Nachhaltigkeitsbericht positiv zu gezielten regulatorischen Vorgaben: «Die Welt erlebt einen Anstieg von Gesetzgebungen rund um die Menschenrechte. (...) Im Heimatland von Firmenich, der Schweiz, fordert die Konzernverantwortungsinitiative, dass multinationale

Unternehmen mit Sitz in der Schweiz menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltsprüfungen durchführen. Wir begrüssen diese Entwicklungen und sehen sie als Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, Formalisierung und Strukturierung unseres Ansatzes im Einklang mit den globalen Best Practices.»

corporatebenchmark.org | bit.ly/fm-bericht

Schauplatz Schweiz

Über 90 Unternehmer/-innen gründen «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen»

Über 90 unternehmerisch tätige Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Branchen haben sich zum «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen» zusammengeschlossen. Das neu gegründete Komitee setzt sich für ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative ein. Bereits über ein Jahr vor der allfälligen Abstimmung wird damit immer breitere Unterstützung sichtbar. Für die Unternehmer/innen im Komitee sind verbindliche Regeln eine absolute Selbstverständlichkeit. Der gut besuchte Gründungsanlass Ende November zeigt dabei, dass das Thema «verantwortungsvolles Unternehmertum» auf grosse Resonanz stösst.

bit.ly/Wkomitee | bit.ly/NZZ-Artikel

«Gefährliche Selbstblindheit» in Teilen der Schweizer Wirtschaft

Eine aktuelle Schweizer Untersuchung der SWIPRA zeigt, dass Investoren die Nachhaltigkeitsbemühungen von Schweizer Unternehmen deutlich kritischer bewerten als diese selber: «Mehr als ein Drittel aller Investoren (35.8%) und mehr als die Hälfte der internationalen institutionellen Anleger (53.3%) [sind] der Meinung, dass Schweizer Unternehmen zu wenig sozialverantwortlich handeln. Unternehmen teilen diese Ansicht nicht: 60.3% stufen das aktuelle CSR-Engagement als angemessen

ein, 29.4% sind der Meinung, dass man sich zu viel Verantwortung auflastet.» Publizistin Esther Girsberger warnt in einem Kommentar vor «gefährlicher Selbstblindheit», denn «wenn schon professionelle Aktionäre die soziale Verantwortung der Schweizer Unternehmen infrage stellen, so tut das erst recht die Stimmbevölkerung.» bit.ly/swipra

RK-S tritt auf indirekten Gegenvorschlag ein

Im Juni 2018 hat der Nationalrat mit 121 zu 73 Stimmen einem indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zugestimmt. Dieser wird nun im Ständerat beraten. Im Oktober 2018 trat die RK-S mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung auf den Gegenentwurf ein. Eine Subkommission soll nun den vorliegenden Text prüfen und der Plenarkommission im ersten Quartal 2019 Bericht erstatten. Die Initiantinnen und Initianten kritisieren diese Verzögerung. Sie kündigen an, sich nun auf die Vorbereitung der Abstimmungskampagne, die für 2020 erwartet wird, zu konzentrieren.

(Keine) Wiedergutmachung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen

Der Bundesrat veröffentlichte im September einen Bericht zur Wiedergutmachung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne, der das Postulat 14.3663 der APK-S erfüllt. Obwohl zahlreiche Hürden beim Zugang zu Wiedergutmachung festgestellt werden, sieht der Bundesrat keine konkreten Änderungen vor. In seinen Schlussfolgerungen verwirft der Bundesrat zusätzliche Massnahmen und verweist auf Bestehendes. Insbesondere wird dabei eine unbestimmte Weiterentwicklung des Nationalen Kontaktpunkts für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen als Patentlösung dargestellt – ohne dabei auf die wiederholt geäußerte Kritik z.B. punkto mangelnder Unabhängigkeit, fehlender Transparenz und Sanktionsmechanismen einzugehen.

Goldhandel und Menschenrechte

Als Antwort auf ein Postulat von Luc Recordon veröffentlichte der Bundesrat im November einen Bericht zu Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte. Darin steht, es könne «grundsätzlich rechtmässig» sein, schmutziges Gold einzuführen – die heutige Gold-Regulierung enthalte «keine ausdrücklichen Bestimmungen hinsichtlich Menschenrechte». Dennoch will der Bundesrat keine gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen.

Der renommierte Strafrechts-professor Mark Pieth schrieb dazu auf swissinfo.ch: «Ein weiteres Mal ist dem Bundesrat das Geschäft wichtiger als die Menschenrechte – wenn nicht ein Eigengol, so doch ein Steilpass für die Konzernverantwortungsinitiative!»

bit.ly/Pieth

2. Bericht zur Rohstoffbranche

Nach seinem Grundlagenbericht 2013, publizierte der Bundesrat soeben seinen zweiten Bericht. Risiken im Rohstoffhandel will der Bundesrat mit Freiwilligkeit angehen. Dass dies auch in den letzten 5 Jahren schon nicht funktioniert hat, zeigt eine Bilanz von Public Eye. Jüngste Recherchen haben die massiven Korruptionsrisiken z.B. durch Schweizer Ölhändler im Fall Petrobras und Kasachstan belegt und für Schlagzeilen bis ins Wall Street Journal und die Financial Times gesorgt. Wenig deutet darauf hin, dass sich dies zukünftig ändern wird.

bit.ly/rohstoff-bilanz

Fallbeispiele

Glencore verschmutzt Luft und Boden in der Demokratischen Republik Kongo

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore verschmutzt mit seinen Kupfer- und Kobaltminen nach wie vor Luft und Böden rund um die Stadt Kolwezi in der Demokratischen Republik Kongo. Das zeigt ein neuer Bericht von Brot für alle und Fastenopfer. Zwar hat sich die Lage bei der Wasserversorgung und -verschmutzung verbessert, doch es zeigt sich einmal mehr: Auch kleinste Verbesserungen werden erst nach massivem Druck von Nichtregierungsorganisationen möglich. Eine verbindliche Regelung für international tätige Konzerne ist deshalb unabdingbar.

Weitere Infos

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- www.konzern-initiative.ch
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte: www.skmr.ch
- Business & Human Rights Resource Centre, London: www.business-humanrights.org